

Antrag

der Abg. Dr. Rainer Balzer u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ausbildung der Politikmentoren und Realisierung der Projekte

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchen anderen gesellschaftlichen bzw. fachlichen Bereichen es Mentorenprogramme für Schüler gibt, bitte mit Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen und erreichten Schülerzahlen;
2. wie sichergestellt wird, dass die Ausbildung zum Politikmentor allen Schülerinnen und Schülern bekannt ist und nicht nur aufgrund persönlichen Hinweises der Fachlehrer an einzelne Schülerinnen und Schüler;
3. nach welchen Kriterien die Auswahl der Politikmentoren vonseiten der Lehrer und Schulleiter erfolgt, von wem diese Kriterien festgelegt werden und von wem die Einhaltung dieser Kriterien überprüft wird;
4. ob hierbei bereits Schüler abgelehnt wurden aufgrund von Bedenken bezüglich einer extremistischen Ausrichtung und wenn ja, wie viele Schüler aufgrund welcher Bedenken abgelehnt wurden (Linksextremismus, Rechtsextremismus, islamistischer Islamismus o. a.);
5. ob der in Drucksache 16/4540 genannte Zuschuss von 38.000 Euro aus Mitteln zur Förderung der Jugendbildung (Staatshaushaltsplan Kapitel 0465 Titel 684 72) ausschließlich für die Ausbildung der Politikmentoren verwendet wird oder auch für weitere Veranstaltungen, wenn ja für welche;
6. wie sichergestellt wird, dass unter den Jugendlichen, die an dieser Politikmentorenausbildung teilnehmen, ein breites Meinungsspektrum vorhanden ist und alle politischen Richtungen proportional zum politischem Meinungsspektrum des Landes Baden-Württemberg repräsentiert sind;

7. wie sichergestellt ist, dass alle aktuellen und relevanten Politikfelder in der Ausbildung vollständig berücksichtigt werden und die Auswahl der Themen nicht beeinflusst von der veröffentlichten Meinung wichtige Teilbereiche der politischen Verantwortlichkeit ausklammert;
8. ob die Landesregierung bei den in der Broschüre aufgeführten Themenfeldern die Sorge über eine politische Einseitigkeit nachvollziehen kann;
9. ob sie es für möglich hält, dass bereits am Format der Ansätze des World Café oder Open Space, an denen sich die Auftaktveranstaltung orientiert, einige Themen geeigneter zu bearbeiten sind als andere und sich aus diesem Grund eine Anzahl von politisch interessierten Schülern von der Option einer Politikmentorenausbildung abwendet;
10. welche Veranstaltungen in Schulen von ausgebildeten Politikmentoren bisher durchgeführt wurden, unter Auflistung aller Veranstaltungen mit Ort, Zeit, Anzahl der Teilnehmer, Diskussionsthema, Ergebnis, bzw. Ergebnisart, Art der Dokumentation und geplante Folgeveranstaltungen;
11. ob die Landesregierung in Anbetracht der unter Ziffer 10 aufgeführten Ergebnisse ihre Erwartungen erfüllt sieht oder ob sie Nachbesserungen auf den Weg bringen wird, auch hinsichtlich ihrer unter Ziffer 9 gegebenen Einschätzung;
12. wie sie die Praxis einer Auswahl der Politikmentoren durch die Schulleiter bewertet und wie die Landesregierung zur Möglichkeit steht, alle Schüler grundsätzlich zur Politikmentorenausbildung zuzulassen, die nicht durch Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten aufgefallen sind.

30. 04. 2019

Dr. Balzer, Dr. Merz,
Dürr, Räßle, Stein AfD

Begründung

Politische Bildung ist ein wichtiger Bereich der Bildung von Schülern und Jugendlichen. Dazu gehört die Vermittlung von Fachwissen ebenso wie die Ermutigung, eigene Standpunkte und eigene Ansichten zu entwickeln. Politisches Engagement sollte möglichst aus einer Begegnung mit der Realität, weniger aus theoretisch erlernten Inhalten und aus Medieninformation erwachsen. Das politische Engagement der Schüler ist zu begrüßen. Es sollte hierbei sichergestellt werden, dass sich dies nicht einzig aus theoretischem Wissen speist.

Unterricht in der Schule und dort umgesetzte Programme sind immer dem Neutralitätsgebot verpflichtet. Dies ist auch bei Auswahl der Themen, der Schüler und der Seminarlehrer zu beachten. Da Jugendliche ab 13 Jahren sich selbst noch in einem natürlichen Persönlichkeitsreifeprozess befinden, sind sie somit auch leichter beeinflussbar. Aus diesem Grund sollte hier besonders darauf geachtet werden, die individuelle Meinungsbildung der Jugendlichen durch eine allseitige Information zu ermöglichen.

Ein Blick in die Themenauswahl lässt hingegen die Sorge aufkommen, dass ggf. nicht alle relevanten Bereiche der politischen Bildung genügend Aufmerksamkeit vonseiten der Schüler und der zuständigen Lehrer erfahren. Aufgabe der Schule sollte es sein, Schüler auch auf unbekanntere und von den Medien vernachlässigte Aspekte und Teilbereiche der Politik aufmerksam zu machen und das Interesse der Schüler hierfür zu wecken. Viele Politikfelder weisen jedoch das Problem auf, dass sie sich nur sehr begrenzt zur politischen Mitgestaltung für Jugendliche eignen.

Obwohl immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die Auswahl der Themen angeblich durch die Schüler erfolge, so zeigen die gewählten Themen mit starkem Schwerpunkt beim Themenfeld „Flüchtlinge“ und „Rechtspopulismus“, dass auf diese Weise eine Ausgewogenheit der Themen nicht gelingen konnte.

Die Antragsteller halten es nicht für ausgeschlossen, dass die dieses Programm 2013 initiiierenden Parteien sich des Programms bedienen, um ihren eigenen Nachwuchs bevorzugt zu fördern.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Mai 2019 Nr. 54-6520.1-17/48 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. in welchen anderen gesellschaftlichen bzw. fachlichen Bereichen es Mentorenprogramme für Schüler gibt, bitte mit Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen und erreichten Schülerzahlen;

Schülermentorenprogramme bestehen derzeit in den folgenden Bereichen (Anzahl der Teilnehmer des Schuljahres 2017/2018 jeweils in Klammer gesetzt):

Sport (2.072), Musik (1.024), soziale Verantwortung lernen (1.093), Verkehrserziehung (42), Umweltschutz (72), Medien (612), Technik (120), politische Bildung (176), internationale Jugendbildung (75) und kulturelle Jugendbildung (159).

Seit dem Schuljahr 1994/1995 haben insgesamt über 80.000 Schülerinnen und Schüler an einer Mentorenausbildung teilgenommen. Die Zahl der von Mentorinnen und Mentoren durchgeführten Veranstaltungen wird nicht statistisch erfasst.

2. wie sichergestellt wird, dass die Ausbildung zum Politikmentor allen Schülerinnen und Schülern bekannt ist und nicht nur aufgrund persönlicher Hinweises der Fachlehrer an einzelne Schülerinnen und Schüler;

Das Kultusministerium weist mit seinem Internetauftritt www.km-bw.de sowie in den elektronischen Publikationen „Infodienst Schule“ und „Schule.Jugend.Kultur“ auf die unter Ziffer 1 aufgeführten Mentorenprogramme hin.

Das Studienhaus Wiesneck e. V. als Projektträger bewirbt das Schülermentorenprogramm „Politische Bildung“ ebenfalls auf seiner Homepage und darüber hinaus über die Jugendbildungsakademien und die Landeszentrale für politische Bildung. Sämtliche Dokumentationen und Informationen werden allen am Programm Beteiligten sowie dem Landesschülerbeirat zur Verfügung gestellt.

3. nach welchen Kriterien die Auswahl der Politikmentoren vonseiten der Lehrer und Schulleiter erfolgt, von wem diese Kriterien festgelegt werden und von wem die Einhaltung dieser Kriterien überprüft wird;

Die Teilnahme am Programm ist freiwillig und steht allen Interessierten aus allen Schularten ab dem 13. Lebensjahr offen. Den Schulleitungen werden keine Auswahl- oder Ausschlusskriterien für die Anmeldung von Teilnahmeinteressierten an der Ausbildung zum Politikmentor vorgegeben. Weder das Kultusministerium noch das Studienhaus Wiesneck nehmen Einfluss auf die Auswahl.

4. ob hierbei bereits Schüler abgelehnt wurden aufgrund von Bedenken bezüglich einer extremistischen Ausrichtung und wenn ja, wie viele Schüler aufgrund welcher Bedenken abgelehnt wurden (Linksextremismus, Rechtsextremismus, islamistischer Islamismus o. a.);

Der Landesregierung und dem Studienhaus Wiesneck sind keine solchen Fälle bekannt.

5. *ob der in Drucksache 16/4540 genannte Zuschuss von 38.000 Euro aus Mitteln zur Förderung der Jugendbildung (Staatshaushaltsplan Kapitel 0465 Titel 684 72) ausschließlich für die Ausbildung der Politikmentoren verwendet wird oder auch für weitere Veranstaltungen, wenn ja für welche;*

Der genannte Zuschuss wird in voller Höhe dem Studienhaus Wiesneck bewilligt und ausbezahlt und dort für die im Zusammenhang mit der Durchführung der Ausbildung von jährlich rund 170 Mentoren anfallenden Ausgaben verwendet. Das Projekt umfasst die Grundlagenseminare, die Projekt- und Praxisphase an den Schulen sowie die zentrale Abschlussveranstaltung und Dokumentation. Für etwaige darüber hinausgehende anschließende Veranstaltungen an Schulen werden keine Mittel bereitgestellt.

6. *wie sichergestellt wird, dass unter den Jugendlichen, die an dieser Politikmentorenausbildung teilnehmen, ein breites Meinungsspektrum vorhanden ist und alle politischen Richtungen proportional zum politischem Meinungsspektrum des Landes Baden-Württemberg repräsentiert sind;*

Wie unter Ziffer 3 ausgeführt, bestehen keine Auswahl- oder Ausschlusskriterien. Das Programm steht vielmehr allen interessierten Jugendlichen aller Schularten ab dem Alter von 13 Jahren offen. Aus diesem Grunde ist die Landesregierung der Auffassung, dass sich das aktuelle gesellschaftliche und politische Meinungsspektrum auch bei den Teilnehmenden repräsentativ abbildet.

7. *wie sichergestellt ist, dass alle aktuellen und relevanten Politikfelder in der Ausbildung vollständig berücksichtigt werden und die Auswahl der Themen nicht beeinflusst von der veröffentlichten Meinung wichtige Teilbereiche der politischen Verantwortlichkeit ausklammert;*

8. *ob die Landesregierung bei den in der Broschüre aufgeführten Themenfeldern die Sorge über eine politische Einseitigkeit nachvollziehen kann;*

Das Schülermentorenprogramm „Politische Bildung“ zeichnet sich durch eine konsequente Zielgruppenausrichtung aus. Durch die vom Studienhaus Wiesneck verwendeten didaktischen Methoden ist sichergestellt, dass sämtliche die Jugendlichen interessierenden politischen Themen und Fragen die gleiche Chance auf Auswahl haben. Die konkrete Themenauswahl zeigt, dass Jugendliche sich mehrheitlich für Themen interessieren, die auch in der Öffentlichkeit breiter diskutiert werden. Die Auswahl der Themen treffen die Jugendlichen selbst und sammeln dadurch bereits in diesem Prozess Erfahrungen, wie demokratische Entscheidungen zustande kommen.

Die Dokumentationen der bisherigen Jahresprogramme seit 2014 zeigen ein breites Themenspektrum, das von Fragen der internationalen Politik hinsichtlich Krieg und Frieden sowie Terrorismus und Sicherheit über Fragen der europäischen Integration bis hin zu grundsätzlichen Fragen von sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Diskriminierung oder Ökologie und Nachhaltigkeit reicht.

Das Studienhaus Wiesneck als Projektträger legt bei der Durchführung der Seminarveranstaltungen besonderen Wert darauf, dass die gesellschaftliche Pluralität und das politische Meinungsspektrum ganz im Sinne des Beutelsbacher Konsenses Berücksichtigung finden und die Teilnehmenden bei allen Themen zur eigenständigen politischen Meinungs- und Urteilsbildung sowie zur aktiven demokratischen Mitgestaltung befähigt werden.

Aus den genannten Gründen kann die Landesregierung eine politische Einseitigkeit nicht erkennen.

9. ob sie es für möglich hält, dass bereits am Format der Ansätze des World Café oder Open Space, an denen sich die Auftaktveranstaltung orientiert, einige Themen geeigneter zu bearbeiten sind als andere und sich aus diesem Grund eine Anzahl von politisch interessierten Schülern von der Option einer Politikmentorenausbildung abwendet;

Die vom Studienhaus Wiesneck für die Auswahl der Themen verwendeten Methoden des World Café und Open Space zeichnen sich in besonderer Weise dadurch aus, dass alle Themen und Meinungen dieselbe Chance auf Artikulation und Berücksichtigung finden können. Sie entsprechen dem methodischen Standard der politischen Bildungsdidaktik. Aufgrund ihrer Offenheit und Integrationsfähigkeit für alle denkbaren Positionen werden sie auch in internationalen Tagungen und Kongressen angewendet. Die Landesregierung sieht darin deshalb kein Hemmnis für an der Politikmentorenausbildung interessierte Schülerinnen und Schüler.

10. welche Veranstaltungen in Schulen von ausgebildeten Politikmentoren bisher durchgeführt wurden, unter Auflistung aller Veranstaltungen mit Ort, Zeit, Anzahl der Teilnehmer, Diskussionsthema, Ergebnis, bzw. Ergebnisart, Art der Dokumentation und geplante Folgeveranstaltungen;

Die Projekte, die die Politikmentoren während ihrer praktischen Ausbildungsphase vorbereiten und organisieren, werden jeweils in den Jahresberichten des Studienhauses Wiesneck dokumentiert. Eine systematische Erfassung der Tätigkeit der Politikmentoren nach dem Abschluss ihrer Ausbildung findet nicht statt.

Von einzelnen Schulen ist bekannt, dass die ausgebildeten Schülermentoren an der Gründung einer Politik-AG an der Schule beteiligt waren oder auch als Multiplikatoren und Ansprechpartner für das Mentorenprogramm bei jüngeren Jahrgängen tätig sind.

11. ob die Landesregierung in Anbetracht der unter Ziffer 10 aufgeführten Ergebnisse ihre Erwartungen erfüllt sieht oder ob sie Nachbesserungen auf den Weg bringen wird, auch hinsichtlich ihrer unter Ziffer 9 gegebenen Einschätzung;

Das Kultusministerium steht mit dem Studienhaus Wiesneck laufend im Kontakt und evaluiert das Mentorenprogramm jeweils im Rahmen eines Jahresgesprächs nach Vorlage des Abschlussberichts. Anlass zur Nachsteuerung besteht aus Sicht der Landesregierung nicht, zumal die Berichte überaus positive Erfahrungen der Teilnehmenden widerspiegeln.

12. wie sie die Praxis einer Auswahl der Politikmentoren durch die Schulleiter bewertet und wie die Landesregierung zur Möglichkeit steht, alle Schüler grundsätzlich zur Politikmentorenausbildung zuzulassen, die nicht durch Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten aufgefallen sind.

Wie unter Ziffer 3 und Ziffer 6 ausgeführt, steht das Mentorenprogramm grundsätzlich allen interessierten Jugendlichen aus allen Schularten ab dem 13. Lebensjahr offen, ohne dass den Schulleitungen für die Anmeldung Auswahl- oder Ausschlusskriterien vorgegeben werden. Das Studienhaus Wiesneck betont, dass bei allen von den Teilnehmenden ausgewählten Themen in der Diskussion und Bearbeitung ein breites politisches Meinungsspektrum zu erleben sei.

Die Landesregierung sieht daher keinen Anlass zur Vermutung einer politisch einseitigen Auswahl der angemeldeten Schülerinnen und Schüler.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport